NZZ Online

27. Januar 2009

21 Festnahmen während Besuch von Wen Jiabao

Polizei nimmt in Bern Tibet-Aktivisten vorübergehend fest

Während des Empfangs des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in Bern hat die Polizei 21 Demonstranten vorübergehend festgenommen, weil sie den Wegweisungs-Aufforderungen keine Folge geleistet hatten. Die Kundgebung löste sich später auf. Die Gruppe der Schaulustigen war grösser.

Während des Empfangs des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in Bern hat die Polizei mehrere Demonstranten in Gewahrsam genommen. Die Aktivisten hatten sich am Dienstagnachmittag mit Tibet-Fahnen an den Rand des Bundesplatzes gestellt.

(ap/sda) Die Berner Kantonspolizei hat am Rande des Besuchs des chinesischen Premierministers Wen Jiabao am Dienstag 21 Personen vorübergehend festgenommen. Diese hätten der polizeilichen Wegweisungsverfügung trotz mehrmaliger Aufforderung keine Folge geleistet, teilte die Polizei mit.

Die Festgenommenen seien kurze nach 18 Uhr wieder entlassen worden und müssten mit einer Anzeige rechnen. Die Polizei hatte für den Besuch des chinesischen Premiers ein spezielles Sicherheitsdispositiv aufgezogen und einige Strassen um den Bundesplatz gesperrt. Sie war mit einem grossen Aufgebot präsent. Auch Polizistinnen und Polizisten aus anderen Kantonen standen im Einsatz, wie ein Sprecher der Kantonspolizei auf Anfrage sagte.

Bei der Ankunft des Premierministers versammelten sich nach Polizeiangaben 100 bis 200 Schaulustige sowie rund 50 bis 80 Demonstranten am Rand der Sperrzone.

Exiltibeter skandierten Parolen und forderten auf kleinen Transparenten «Free Tibet». Anders als bei einem Staatsbesuch war beim «Arbeitsbesuch» von Wen Jiabao aber kein formeller Akt auf dem Bundesplatz vorgesehen.

Nach der Festnahme der 21 Personen blieb eine Handvoll Tibet-Aktivisten noch für einige Zeit auf dem Bundesplatz. Die Gruppe wurde von der Polizei eingekesselt. Später formierte diese mit Mannschaftswagen einen Sichtschutz gegen das Bundeshaus hin. Später löste sich auch diese Gruppe von Aktivisten auf.